„Der Courier"
Ein Organ deutsch sprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der „Saskatchewan Courier Publ. Co., Ltd."
J. H. Ehmann
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Strasse, Regina, Sask.
Telephon 3391.
Abonnementspreis (im Voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten Stark.

Für Canada:

Ein Jahr	Sechs Monate	Drei Monate	Ein Monat
$2.50	$1.25	$ .75	$ .35

Für's Ausland:

Ein Jahr	Sechs Monate	Drei Monate	Ein Monat
$3.50	$2.00	$1.00	$ .50

Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen, „Gesucht", usw.: für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75 Cents; für jede weitere Insertion 50 Cents.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 50 Cents.

Herriot in Schwierigkeiten

MacDonald kommt ihm zu Hilfe.

Der neue französische Premier Herriot scheint infolge des starken Druckes der nationalistischen Opposition in eine schwierige Lage gedrängt worden zu sein. Wenigstens lassen verschiedene Beobachtungen der letzten Zeit darauf schließen. So hielt beispielsweise Herriot in Troyes eine Rede, die nichts anderes als eine Verteidigung gegen seine Widersacher im eigenen Lande war. Er bekannte sich dabei zu einer Politik des Freimuts und des guten Willens, die er in seinen Unterhandlungen mit dem britischen Ministerpräsidenten MacDonald in Chequers Court an den Tag gelegt habe, und zog gegen die Franzosen zu Felde, die behaupten, der britische Premier habe sich die Unerfahrenheit des französischen Ministerpräsidenten zunutzen gemacht. Herriot gab dem Lande neue Versicherungen bezüglich des Programms der neuen Regierung und erklärte, die sozialistischen Ideen ruhten selbstverständlich auf einem ausgeglichenen Budget. „Wir Republikaner," fuhr er fort, „bedürfen keiner Vorlesung über Patriotismus, das Regierungsprogramm fußt auf der Rehabilitierung des französischen Kredits und den Bemühungen zur Sicherung des europäischen Friedens." Eine Kampagne der Verleumdung sei im Gange, fuhr Herriot fort und fügte bei: „Wir haben uns keiner unklugen Handlung gegen den öffentlichen Kredit schuldig gemacht und werden uns auch einer solchen unter allen Umständen enthalten. Trotzdem ist uns eine gar schwere Aufgabe, die voller Gefahren ist, aufgeladen worden. Wir werden uns aber in diesem Kampfe standhaft verhalten, da unser Gewissen rein ist." Der Premier erinnerte die Versammlung daran, daß die neue Regierung erst seit drei Wochen am Ruder ist, und sprach sich für Freimut aus, die Verschmitztheit vorzuziehen sei, hinzusetzend, „er werde seine Prinzipien nicht aufgeben, vielmehr mit diesen stehen oder fallen. Ich wünsche das Beispiel einer Regierung zu geben, deren Mitglieder die Versprechungen halten, welche sie gegeben haben, als sie sich in der Opposition befanden und als sie um die Stimmen des Volkes warben."

Der Dawes-bericht sei von der Poincare-Regierung angenommen worden, etwas anderes sei auch gar nicht möglich gewesen, da dieser Bericht zur Zeit Frankreich die besten Chancen zur Erlangung von Gutmachungszahlungen gebe. Trotzdem verlange dieser Bericht die Lösung einer ganzen Anzahl von Problemen, so daß ein Uebereinkommen zwischen den einzelnen Regierungen, in erster Linie wegen der prekären Natur der Ruhr-Konvention im Ruhrgebiet, absolut erforderlich sei. Aus diesem Grunde sei die Wiederherstellung einer interalliierten Verständigung, besonders einer franko-britischen Verständigung, absolut erforderlich, und aus diesem Grunde sei er nach Chequers Court gegangen. Wegen dieses Besuchs sind wir angegriffen worden, er war aber unerläßlich und notwendig. Es ist tatsächlich nicht im Interesse unseres Landes, den Charakter dieser Zusammenkunft zu verzerren oder ihre Wichtigkeit in Frage zu ziehen".

Außer dieser Rede, die sich gegen die rebellierende Opposition, die hinter Poincare und Millerand steht, richtete, hat Herriot noch einen anderen Schachzug unternommen. Es war nämlich zu befürchten, daß der französische Senat einen heftigen Angriff gegen den neuen Premier inszenieren würde. Um dem vorzubeugen oder auch aus dem Wege zu gehen, hat Herriot den britischen Premier MacDonald nach Paris eingeladen. Dieses Manöver war nicht wertlos; denn MacDonald erklärte sich sofort bereit, seinem französischen Kollegen zu Hilfe zu kommen. MacDonald überraschte das Unterhaus durch die Ankündigung, angesichts von Mißverständnissen mit der französischen Regierung über die Einladung zur interalliierten Konferenz in London, habe er sich auf eine Anregung des französischen Premier Herriots hin entschlossen, einen kurzen Abstecher nach Paris zu machen, um die bestehenden Schwierigkeiten auszuglätten. MacDonald erklärte weiter, daß die Besprechungen mit Herriot in Chequers Court nicht bindend für irgend eine der beiden Regierungen seien, diesen vielmehr vollständig freie Hand gelassen worden sei. Er charakterisierte das entstandene Mißverständnis als einen „Sturm im Teekessel." Er gab zu, er habe Herriot den Vorschlag gemacht, daß die Londoner Konferenz einen Tag im August oder September ansetze, an welchem der Dawes-Bericht in allen seinen Einzelheiten in Kraft treten solle. Er betonte auch die Dringlichkeit der Erzielung eines Uebereinkommens in der richtigen Form zur Durchführung des Dawes-Berichts, eines Uebereinkommens, das, nachdem es unterzeichnet und mit den nötigen Siegeln versehen, auch die Unterschrift Deutschlands notwendig machen würde. Von Deutschland selbst sei mehr als ein bloßes legales Dokument zu verlangen. Deutschlands Unterschrift sollte eine wirkliche moralische Verpflichtung und nicht nur eine erzwungene Zustimmung mit sich bringen. Es sei deshalb angeregt worden, „daß wir, wenn die Zeit gekommen, im Stande sein sollten, eine Besprechung mit den deutschen Delegaten zu haben." Diese Anregung sei von Herriot ausgegangen, doch sei es zu keiner Verständigung in der Angelegenheit gekommen. MacDonald eröffnete dem Haus weiter, die Londoner Konferenz werde vom britischen Reich, Frankreich, Italien, Japan, Belgien, Griechenland, Portugal, Rumänien, der Tschechoslowakei und Südslaven beschickt werden. Wie von der amerikanischen Regierung bereits bekannt gegeben worden sei, werde der amerikanische Botschafter in London, Frank B. Kellogg, den Verhandlungen gleichfalls beiwohnen. Die Geschäfte der Konferenz würden sich darauf beschränken, eine Einigung über die Durchführung des Dawesberichts herbeizuführen. Ob das britische Reich durch ihn, den Premier, allein vertreten sein werde, oder ob auch Repräsentanten der Dominionen eingeladen werden würden, könne er erst entscheiden, nachdem er mit den letzteren Rücksprache genommen habe.

Revolution in Brasilien

Hatte ernsten Charakter, soll aber niedergeschlagen sein.

In Sao Paulo, Brasilien, ist eine Revolution ausgebrochen. Die Revolutionäre haben sich in den Besitz der Stadt gesetzt. Die Bundesregierung in Rio de Janeiro hat Kriegsschiffe mit Truppen nach Santos, dem Hafenort von Sao Paulo, gesandt, um die revolutionäre Bewegung zu unterdrücken. Die Bewegung trägt einen militärischen Charakter, jedoch soll sich bisher nur eine kleine Anzahl von Truppen ihr angeschlossen haben. In den anderen Teilen des Landes seien die Garnisonen loyal geblieben, sodaß eine weitere Ausbreitung der Bewegung nicht zu befürchten sei. Da in Rio starke Regierungszensur eingeführt ist und die Revolutionäre in Sao Paulo die Telegraphenämter beschlagnahmt haben, so sind bisher weitere Einzelheiten über den Verlauf des Aufstandes nicht erhältlich.

Privatnachrichten aus Santos zufolge ist das Schlachtschiff „Minas Geraes" mit einer starken Abteilung Bundestruppen an Bord aus Rio Janeiro auf dem Weg nach Sao Paulo in Santos angekommen. Die revolutionäre Bewegung soll in Ausbreitung begriffen sein und schwere Straßenkämpfe haben sich in Sao Paulo abgespielt.

„La Nacion" wird aus Rio Janeiro berichtet, daß die brasilianische Regierung die folgende Bekanntmachung erlassen hat: „Die Regierung erhielt volle Bestätigung der Nachrichten, daß die Tätigkeit revolutionärer Elemente, welche dem Ruf unseres Landes so großen Schaden antun, fortdauert. Weitere Meldungen, welche aus Sao Paulo eintreffen, lassen, daß eine militärische Rebellion geringeren Umfangs stattfand. Niemand wurde hierdurch überrascht und die Behörden sind nicht unvorbereitet. Die Regierung des Staates Sao Paulo handelt mit aller Entschiedenheit, während hier in Rio Janeiro wie sonst im Land Ruhe und Sicherheit herrschen. Die Bevölkerung kann sich darauf verlassen, daß die allgemeine Ordnung aufrecht erhalten wird. Sie muß, wie immer, darauf vertrauen, daß die patriotische Gesinnung des Kongresses, die Pflichterfüllung der Zivilbehörden und die Disziplin der bewaffneten Macht die Oberhand gewinnen."

Nach einer späteren Meldung soll die Regierung die Rebellion bereits unterdrückt haben.

Spanien erleidet schwere Verluste in Marokko

Eine amtliche Mitteilung, die soeben veröffentlicht wird, spricht von „einem äußerst blutigen Gefecht", das in Marokko stattfinde. Die spanischen Verluste überschritten bereits 400 Mann. Die amtliche Mitteilung besagt, daß „Nachrichten aus Marokko blutige Gefechte mit dem stark verschanzten Feind melden, der seine Stellungen mit unerhörter Zähigkeit verteidige. Die spanischen Truppen seien indessen in bester Stimmung und Disziplin und führten ihre Operationen in dem schwierigen Terrain mit ermutigendem Erfolg aus. Ein beklagenswertes Ereignis trug sich im Laufe des Gefechts zu, als die spanischen Truppen in Tatior einen vom Feind besetzten Graben nahmen. Der Feind trug spanische Kleidungsstücke, und die spanischen Truppen, welche sich Kameraden gegenüber glaubten, erlitten zahlreiche Verluste. In der Rückzug nahezu unmöglich war. General Azguera berichtet, daß die spanischen Posten in der Gegend von Lau immer noch von ihrer Operationslinie abgeschnitten sind, und daß der Widerstand des Feindes in den befestigten Stellungen Fortschritte macht. Hilfe für die Posten ist unmöglich, indessen dringen die spanischen Streitkräfte vorwärts und man hofft, daß der Feind sich infolge Munitionsmangels und schwerer Verluste bald zurückziehen wird. Der Feind hält alle Höhen, welche unsere Positionen beherrschen, besetzt und verfügt über eine große Menge Munition. Dies macht es für unsere Truppen notwendig, um jede Höhe mit entwickelnden Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Ehre und das Prestige Spaniens machen es notwendig, daß die Positionen um jeden Preis gehalten werden müssen. Spanische Truppen fochten Seite an Seite mit der Fremdenlegion und eingeborenen Truppen und hatten soweit Verluste von über 400 Mann erlitten. Die Flugkräfte arbeiten mit der Artillerie bei der Entdeckung des Feindes zusammen. Die Positionen sind so dicht mit den feindlichen Gräben besetzt und die Kämpfe spielen sich innerhalb so kurzer Distanzen ab, daß eine Kompagnie spanischer Truppen in der Verwirrung mit Granaten unserer Artillerie beworfen wurde, wodurch beträchtliche Konfusion entstand."

Befehl wurde gegeben, die Verwundeten von Geuta zu entfernen, um eine Ueberfüllung der Hospitäler zu vermeiden.

Weltumschau

Deutschland.

Der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages hat einen von den Deutschnationalen eingebrachten Vorschlag angenommen, an die Münchener Regierung das Ersuchen zu richten, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß bei der Abfassung der zur Ausführung des Dawes-Planes notwendigen Gesetze ausdrücklich erwähnt werde, daß die Behauptung der Alleinschuld Deutschlands am Kriege unwahr sei und daß dieses im Versailler Vertrag enthaltene Zugeständnis der deutschen Nation abgepreßt wurde. Die bayerische Regierung hat sich angeblich bereit erklärt, der Reichsregierung nahezulegen, daß weder in den Unterhandlungen noch in der Gesetzgebung über den Dawes-Plan irgend welche Bemerkungen gemacht werden sollen, die als neues Kriegsschuld-Geständnis Deutschlands aufgefaßt werden könnten.

Düsseldorf hat sich einem Gesuche der Stadt Duisburg an die Regierung angeschlossen, auf der Befreiung des besetzten Gebietes zu bestehen, bevor der Dawes-Plan angenommen werde und zu verlangen, daß die Sondersanktionen für die Brückenköpfe sofort aufgehoben und diese in Bezug auf die Durchführung der Besetzung dem Ruhrgebiete gleichgestellt werden. Diese Notschreie aus dem deutschen Volke sind leicht verständlich, wenn man erfährt, daß von einem französischen Kriegsgericht in Dortmund 21 Deutsche, die unter der Anklage standen, Mitglieder geheimer Verbindungen zu sein und im besetzten Gebiete Deutsche für die Reichswehr angeworben zu haben, zu Gefängnisstrafen von 6 Monaten bis zu 10 Jahren verurteilt worden sind. Auch wurden ihnen Geldbußen von 500 bis 50,000 Goldmark auferlegt. Außerdem wurden drei Deutschen, die sich für die Reichswehr hatten anwerben lassen, Gefängnisstrafen zuerkannt. Die durch solche Vorkommnisse verschärfte Lage und erregte Stimmung haben die Regierung zu einem neuen Schritte veranlaßt. Der deutsche Botschafter in Paris, Dr. von Hoesch, sprach auf Anweisung der deutschen Reichsregierung bei Premier Herriot vor und stellte an diesen die Anfrage, wann er die wirtschaftliche Souveränität Deutschlands im Ruhrgebiet wiederherzustellen gedenke und wann die Räumung des besetzten Gebietes erfolgen werde. Es wurde angedeutet, daß Herriot diese Frage mit dem britischen Ministerpräsidenten besprechen wolle, und in politischen Kreisen erwartet man, daß Herriot eine unzweideutige Antwort geben werde.

Die vielen Klagen, welche gegen die Kommunisten erhoben worden sind, welche beschuldigt werden, Pläne für den Sturz der gegenwärtigen Regierung ausgearbeitet zu haben, haben zunächst dazu geführt, daß sich die Gerichte jetzt mit der Angelegenheit eingehend beschäftigen. Vor einigen Tagen gab einer der Richter, dem Fälle zur Bearbeitung vorlagen, plötzlich Befehl, die Räumlichkeiten der Kommunisten im Reichstag und im preußischen Landtag einer genauen Durchsuchung zu unterziehen. Bei dieser Hausuchung wurde eine große Menge von Schriften und Broschüren gefunden, welche Auskunft über die Tätigkeit der Kommunisten in anderen Teilen des Reiches, sowie über die vom Berliner Hauptquartier und vom jenem in Moskau erlassenen Verfügungen und Befehle geben. Diese Schriftstücke werden jetzt auf dem Polizeipräsidium einer genauen Untersuchung unterzogen. Wenngleich man nicht befürchtet, daß es den Kommunisten gelingen wird, wirklich festen Fuß in Deutschland zu fassen, so ist man in Regierungskreisen doch davon überzeugt, daß die Machenschaften der Kommunisten zu Schwierigkeiten ernster Art führen würden, wenn man nicht ab und zu einmal denselben energisch Einhalt gebieten würde. Was die Tätigkeit der Kommunisten in Deutschland so unangenehm macht, ist die Tatsache, daß sie vollständig geheim gehalten wird, so daß die Behörden die Hälfte der Zeit im Unklaren darüber sind, was die Kommunisten eigentlich vorhaben und was sie wollen. Eine Vorstellung von der Art der Tätigkeit, welche sie entwickeln, kann man sich machen, wenn man einmal sich die Anklagen ansieht, welche gegen einige ihrer Führer erhoben worden, die sich jetzt in polizeilichem Gewahrsam befinden. Unter diesen Anklagen befinden sich solche wegen Bildung militärischer Abteilungen; Kauf und Herstellung von Waffen und Munition; Organisierung eines militärischen Geheimdienstes; Vorbereitung von Verschwörungen und Organisierung von sogenannten Entgleisungsabteilungen, welche gegen die Eisenbahnen operieren und Zweifel in den kommenden Jahren weiter vergrößern wird. Da ist z. B. die Deutsch-Russische Gesellschaft „Rußtransit", die nach Art der gemischten Gesellschaft zwischen der russischen Regierung und den deutschen Interessenten, unter denen namentlich eine Hamburger Reederei hervortritt, begründet worden. Die Schiffe dieser Gesellschaft können dank ihrer besonderen Bauart unter Benutzung des Wolga-Flusses und des Kanalsystems bis nach Persien gelangen und auf diese Weise sich die Pflege des Durchgangshandels nach Persien zur Aufgabe machen.

In diesem Zusammenhang verdient es übrigens darauf hingewiesen zu werden, daß vor dem Kriege auch die Hamburg-Amerika-Linie einen regelmäßigen Schiffahrtsverkehr nach Persien unterhielt, der seinerzeit von den deutschen Außenhandelsinteressenten mit lebhafter Genugtuung begrüßt worden war. Dieser Hapag-Dienst erreichte mit dem Kriegsausbruch sein Ende. Eine gewisse Bedeutung hat in Rußland auch die Kaspische Dampfergesellschaft, und zwar schon aus dem Grunde, weil diese Reederei durch die Wolga und das Marienkanalsystem mit Petersburg in Verbindung steht. Auch dieses Unternehmen hat die wirtschaftlichen Fäden mit Persien aufs neue geknüpft und erweitert. Darüber hinaus dient die genannte Reederei der Beförderung von Naphta aus Baku. Für diese Transporte stehen freilich der Reederei vorläufig nur wenig Tankschiffe zur Verfügung, so daß bereits ein Nachlassen der Naphtaverschiffungen festzustellen ist. Die Schwarzmeer-Asowsche Dampfschifffahrts-Gesellschaft spielt ebenfalls in Südrußland eine gewisse Rolle, wenngleich der Wiederaufbau dieses Unternehmens, das durch den Krieg sehr gelitten hatte, noch viel zu wünschen übrig läßt. Man hat zum Teil schon Schiffe der Baltischen Flotte an die Schwarzmeeer-Asowsche Dampfschifffahrts-Gesellschaft überwiesen, um diese Reederei leistungsfähiger zu machen. Auch das ist jedenfalls ein Beweis dafür, daß Rußland auf das Erstarken seiner Reedereien in den südlichen Meeren großes Gewicht legt. England hat seine Schiffahrtsinteressen mit Rußland durch die Errichtung der „Arcos"-Reederei (All-Russian **Corporation Sociation)** zu erkennen gegeben. Zwar fahren die Schiffe dieses Unternehmens unter britischer Flagge, es trägt aber einen stark russischen Charakter. Die Arcos steht dann auch wieder in Verbindung mit der norwegischen Schiffahrt, und zwar auf dem Umwege über die Gründung der Russo-Norwegian Steam Navigation Company. Erheblich beteiligt an dieser Gründung **ist die Bergenske** Dampfschiffahrts-Gesellschaft. Die Alte Freiwilligen-Flotte in Rußland (genannt die Dobroflot) hat nur noch wenig Interesse und Bedeutung; sie besitzt so gut wie keinen Schiffspark und widmet sich der Spe-

(Fortsetzung auf Seite 4.)

leisten, daß eine militärische Rebellion geringeren Umfangs stattfand. Niemand wurde hierdurch überrascht und die Behörden sind nicht unvorbereitet. Die Regierung des Staates Sao Paulo handelt mit aller Entschiedenheit, während hier in Rio Janeiro wie sonst im Land Ruhe und Sicherheit herrschen. Die Bevölkerung kann sich darauf verlassen, daß die allgemeine Ordnung aufrecht erhalten wird. Sie muß, wie immer, darauf vertrauen, daß die patriotische Gesinnung des Kongresses, die Pflichterfüllung der Zivilbehörden und die Disziplin der bewaffneten Macht die Oberhand gewinnen."

Nach einer späteren Meldung soll die Regierung die Rebellion bereits unterdrückt haben.

Spanien erleidet schwere Verluste in Marokko

Eine amtliche Mitteilung, die soeben veröffentlicht wird, spricht von „einem äußerst blutigen Gefecht", das in Marokko stattfinde. Die spanischen Verluste überschritten bereits 400 Mann. Die amtliche Mitteilung besagt, daß „Nachrichten aus Marokko blutige Gefechte mit dem stark verschanzten Feind melden, der seine Stellungen mit unerhörter Zähigkeit verteidige. Die spanischen Truppen seien indessen in bester Stimmung und Disziplin und führten ihre Operationen in dem schwierigen Terrain mit ermutigendem Erfolg aus. Ein beklagenswertes Ereignis trug sich im Laufe des Gefechts zu, als die spanischen Truppen in Tatior einen vom Feind besetzten Graben nahmen. Der Feind trug spanische Kleidungsstücke, und die spanischen Truppen, welche sich Kameraden gegenüber glaubten, erlitten zahlreiche Verluste. In der Rückzug nahezu unmöglich war. General Azguera berichtet, daß die spanischen Posten in der Gegend von Lau immer noch von ihrer Operationslinie abgeschnitten sind, und daß der Widerstand des Feindes in den befestigten Stellungen Fortschritte macht. Hilfe für die Posten ist unmöglich, indessen dringen die spanischen Streitkräfte vorwärts und man hofft, daß der Feind sich infolge Munitionsmangels und schwerer Verluste bald zurückziehen wird. Der Feind hält alle Höhen, welche unsere Positionen beherrschen, besetzt und verfügt über eine große Menge Munition. Dies macht es für unsere Truppen notwendig, um jede Höhe mit entwickelnden Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Ehre und das Prestige Spaniens machen es notwendig, daß die Positionen um jeden Preis gehalten werden müssen. Spanische Truppen fochten Seite an Seite mit der Fremdenlegion und eingeborenen Truppen und hatten soweit Verluste von über 400 Mann erlitten. Die Flugkräfte arbeiten mit der Artillerie bei der Entdeckung des Feindes zusammen. Die Positionen sind so dicht mit den feindlichen Gräben besetzt und die Kämpfe spielen sich innerhalb so kurzer Distanzen ab, daß eine Kompagnie spanischer Truppen in der Verwirrung mit Granaten unserer Artillerie beworfen wurde, wodurch beträchtliche Konfusion entstand."

Befehl wurde gegeben, die Verwundeten von Ceuta zu entfernen, um eine Ueberfüllung der Hospitäler zu vermeiden.

Der britische Premierminister sprach in Abergwynfi in Wales und gab dabei seiner Befriedigung Ausdruck, daß die Ver. Staaten eingewilligt hatten, den alliierten Konferenz beizuwohnen. Er sagte, er erwarte allerdings nicht, daß die Ver. Staaten sich bereits jetzt an der Lösung der europäischen Probleme beteiligen würden. „Sie sind zu klug, um das zu tun," meinte der Premierminister, „aber es gibt keine große Nation auf dieser Erde wie Amerika, die in der Gleichheit seiner Bevölkerung so mächtig ist und so machtvoll in seinem Reichtum und sich von anderen Nationen zu isolieren vermag. Es gibt eine moralische Verpflichtung, ein Interesse an jenen Problemen zu nehmen und kein Volk, das einmal seiner moralischen Verpflichtung gewahr wird, wird dieser Verpflichtung mit größerer Mannhaftigkeit gerecht werden als unsere Blutsverwandten in den Ver. Staaten."

Frankreich.

Deutschlands Gesuch, die alliierte Militäraufsicht über seine Bewaffnung am 1. September zu enden, wurde vom Rat der Botschafter abgelehnt. Indessen wird Befriedigung darüber ausgedrückt, daß Deutschland sich in dem Hauptpunkt gefügt hat, Erneuerung der Tätigkeit der Kontrollkommission. Deutschland wird eröffnet, daß das Ende der Kontrolle völlig von dem befriedigenden Ergebnis der Tätigkeit der Kommission abhängt und davon, daß Deutschland die fünf vorher gestellten Forderungen über Entwaffnung erfüllt. Die Art der Inspektion über Entwaffnung entscheidet die Kontrollkommission. Vorschläge, welche die Deutschen zu machen wünschen, werden in Erwägung gezogen.

Rußland.

Die in Moskau tagende dritte Internationale erließ anläßlich des kommenden 10. Jahrestages des Ausbruchs des Weltkrieges einen Aufruf an das Weltproletariat. Das Manifest greift die herrschenden Klassen aller Länder, die am Kriege schuld seien, an. Die Besetzung der Ruhr ist eine Fortsetzung der Feindseligkeiten, der Bericht des Dawes-Komitee nur Krieg in verschleierter Form. Die Ver. Staaten, deren Taschen mit europäischem Gold gefüllt sind und die von den französischen Streitkräften unterstützt werden, schreiben die wirtschaftliche Politik von Deutschland zur Strafe vor, weil Deutschland sich schlagen ließ. Nur Betrüger können behaupten, daß die Schlüsse des Dawes-Komitee eine friedliche, demokratische Lösung von Europas Wirren darstellen. Die Entente diktiert ihre Entscheidungen, indem sie Deutschland einen Revolver vor den Kopf hält. Der Gegensatz zwischen Japan und den Ver. Staaten infolge des Einwanderungsgesetzes gibt der Frage das Ansehen eines Rassenkampfes. Der Aufruf fordert die Arbeiter und Bauern auf, ihre Bemühungen zur Verhütung von Krieg zu vereinigen. Die Bauern von Europa und die Farmer der Ver. Staaten werden ermahnt, sich der revolutionären Arbeiterbewegung als der einzigen Schutzwehr für die Menschheit anzuschließen.

Der in London tagenden Weltkonferenz für die Entwicklung von Kraftanlagen legte die russische Kommission Pläne zum Bau von 27, teils mit Dampf, teils mit Wasserkraft betriebenen elektrischen Stationen zwischen Petersburg und dem Schwarzen und Kaspischen Meer vor, die eine Gesamtleistungsfähigkeit von 1,900,000 Kilowat haben werden. Elf dieser Kraftanlagen wurden bereits in Bau genommen.

Maxim Litvinow, Chef der sowjet-russischen Gesandtschaften im Auslande und Monsignore Eugenio Pacelli, päpstlicher Nuntius für Deutschland, hatten in Berlin eine informelle Besprechung von Fragen, welche die Beziehungen zwischen Rußland und dem päpstlichen Stuhl betreffen. Die Konferenz nahm auf neutralem Boden Platz, da der päpstliche Vertreter es abschlug, nach der russischen Botschaft zu gehen. Das Resultat soll ein negatives gewesen sein, sofern es sich um die Schaffung besserer Beziehungen handelt.

Japan.

Eine entschiedene Vergrößerung der japanischen Luftflotte für die Marine wird geplant. Admiral Hyo Takarabe, der Marineminister, gab eine diesbezügliche Erklärung im Unterhause ab. Das gegenwärtige Programm wünscht eine Vermehrung der 11½ Geschwader, welche gegenwärtig die Luftflotte der Marine darstellen, auf 17 bis zum Jahre 1928. Nach einer weiteren Bemerkung von Admiral Takarabe haben jedoch die Marinebehörden sich auf eine weitere Vermehrung von 28 Geschwadern geeinigt. Sie hoffen das Programm für die Vermehrung dem Landtag im Dezember vorzulegen. Admiral Takarabe fügte hinzu, daß „Ereignisse der letzten Zeit zuhause und im Auslande" die Vermehrung nötig machten. (Das soll wohl eine offne Drohung gegen die Ver. Staaten sein.)

Ver. Staaten.

Der demokratische Parteitag in New York brachte seine stürmischen Sitzungen zum Abschluß. Das dem Lande dargebotene Ticket besteht aus John W. Davis von West-Virginien nebst Gouverneur Charles W. Bryan von Nebraska für den zweiten Platz. Davis wurde nach der langen Stockung in der 103. Abstimmung nominiert. Er begann seine Laufbahn als Führer der Partei damit, daß er entgegen dem Herkommen eine Ansprache an die Konvention hielt. Nachher beriet er mit Konventionsleitern über die Auswahl eines Kandidaten für die Vizepräsidentschaft. Gouverneur Bryan wurde für die zweite Stelle gewählt, nachdem seine Freunde Davis auf die Ratsamkeit hingewiesen hatten, einen Mann aus dem Westen von erprobter Verwaltungsfähigkeit zu ernennen, der mit der Landwirtschaft vertraut ist und liberalen Ansichten zuneigt. Zur Nomination des Gouverneurs, eines Bruders von William Jennings Bryan, bedurfte es nur einer Abstimmung. Die Kunde, daß die Führer seine Nomination wünschen, ging rasch durch den Konventionssaal. Es waren zwar Bemühungen für andere Kandidaten im Gange, das Ergebnis blieb aber nicht lange zweifelhaft. Wenige Minuten später vertagte sich die Konvention endgültig. Die Delegierten verließen abgespannt zum letztenmal den alten Garden, wo ihre Geduld durch länger als zwei Wochen dauernde aufregende Szenen erschöpft worden war. Die Abstimmung war wie folgt: Charles W. Bryan 739, George Berry 209½, Alvin Owsley 16, Gouverneur Silzer 10, Jonathan Davis 4, Frau Leroy Springs 18. John W. Davis, der Präsidentschaftskandidat, übernahm die aktive Führung der Partei.

— Daß man in der Politik aus Gefälligkeit oder aus allgemeinem Rechtsgefühl handelt, das dürfen andere von uns, aber wir nicht von ihnen erwarten. Bismarck.

Direkter Schiffsverkehr: Hamburg — Schwarzmeer und Hamburg — Wolga — Persien

Ein Kapitel über die zunehmende Bedeutung der Schiffahrt Rußlands.

Bei den gegenwärtigen Bestrebungen aller europäischen Länder, mit Rußland wieder zu geordneten Handelsbeziehungen im Rahmen von gegenseitig bindenden Abkommen zu gelangen, spielt die Schiffahrt eine außerordentlich wichtige Rolle. Das hat auch der jüngst zwischen Italien und Rußland eingegangene Handelsvertrag zur Evidenz bewiesen. Ja, der italienisch-russische Handelsvertrag geht sogar noch einen Schritt weiter, denn es handelt sich hierbei bezüglich der Schiffahrt um wechselseitige Zugeständnisse, die es erforderlich machen, sein besonderes Augenmerk auf diese Angelegenheit zu lenken. Der springende Punkt im italienisch-russischen Handelsvertrag — soweit er auf die Schiffahrt Bezug hat — ist, daß die italienischen Schiffe in russischen Häfen die gleiche Behandlung erfahren sollen, wie die russischen Schiffe selbst und umgekehrt. Dieses „umgekehrt" ist freilich ein problematischer Standpunkt, denn jeder weiß, daß die russische Handelsflotte durch den Weltkrieg und die ihm folgenden Bürgerkriege derart vermindert worden ist, daß man vorläufig von einer konkurrenzfähigen Handelsflotte eigentlich nicht sprechen kann. Die in Rußland beheimateten Schiffe repräsentieren — hoch gegriffen — einen Tonnengehalt von 100,000 Brutto-Registertonnen an seefähigen Fahrzeugen. Gewiß soll das Bestreben der Sowjetregierung nicht verkannt werden, die russische Handelsflotte wieder auf die Beine zu bringen und den Schiffsverkehr möglichst mit eigenen Dampfern zu bewerkstelligen. Aber hierzu gehören zwei Vorbedingungen: Erstens die Flüssigmachung großer Beträge, an denen es in Rußland fehlt, und zweitens die Wiederinstandsetzung der vollkommen vernachlässigten russischen Werften. Trotz alledem sieht der italienisch-russische Handelsvertrag bezüglich der Schiffahrt die Gegenseitigkeit vor, und es stellt bereits nicht an Stimmen, die die Ansicht vertreten, daß Italien gewissermaßen eine Monopolstellung in der Schwarzmeer-Schiffahrt anstrebt. Soweit ist es nun freilich noch nicht. Denn einesteils läuft dieser Vertrag nur auf zwei Jahre, und in einer so kurzen Spanne Zeit läßt sich eine Monopolstellung durch unrechtmäßige Ausdehnung der Interessensphäre und Verdrängung der anderen konkurrierenden Reedereien aus der in Frage kommenden Fahrt nicht bewerkstelligen; anderenteils beschränkt sich der Gegenseitigkeits-Paragraph auf die Häfen von Odessa, Nowarossijsk, Batum, Suchum und Rostow für die italienische Flagge und auf die Häfen von Triest, Genua, Neapel, Livorno und Catania für die russische Flagge.

Man kann überhaupt die Beobachtung machen, daß Rußland, dem nach Verlust der Randstaaten und Finnlands in der Ostsee nur noch der Hafen von Petersburg zur Verfügung steht, alle Anstrengungen darauf richtet, das Schwergewicht seiner Schiffahrt nach den Schwarzen Meeren und dem Asowschen Meere zu verlegen. Das ist an sich ein ganz natürlicher Vorgang, denn gerade diese Schiffahrtslinien führen in zu den größten und gewaltigen Produktionszentren Süd-Rußlands. Auch die Deutsche Schiffahrt hat hierzu einen Anteil, der sich ohne